



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Israel und besetzte palästinensische Gebiete 2023

Antifolterkonvention: ratifiziert seit 1991

Zusatzprotokoll: nicht unterzeichnet

### **Einsatz von Folter und Misshandlung in israelischen Gefängnissen**

Nach den Angriffen vom 7. Oktober kam es zu einem starken Anstieg der Foltervorwürfe von palästinensischen Häftlingen gegenüber israelischen Sicherheitsbehörden. Die Berichte stammen von freigelassenen Häftlingen und von Anwälten. Zudem existieren Videobeweise, die zeigen, wie israelische Soldaten palästinensische Gefangene schlagen und demütigen. So wurden teilweise hunderte Menschen in Unterwäsche gefesselt und mit verbundenen Augen in ein Militärlager gebracht, wo einige von ihnen offenbar erneut gefoltert oder misshandelt wurden. Einige davon wurden nach einigen Stunden entlassen, während die anderen in Haft blieben. Mindestens sechs Personen starben in israelischer Haft. Bei mindestens einer dieser Personen zeigte die Autopsie klare Zeichen von Folter. Dies ist besonders besorgniserregend, da zahlreiche Personen aus dem Gazastreifen nach den Angriffen als vermisst gemeldet wurden, darunter auch Kinder. So sind am 7. Oktober auch zwei Journalisten verhaftet worden und gelten seitdem als vermisst. Sie haben daher wie hunderte andere auch keinen Kontakt zu ihren Familien oder anwaltlicher Beratung. Israel hat nach den Angriffen des 7. Oktober die Kategorie des „Unrechtmäßigen Kämpfers“ definiert, die es Gerichten erlaubt – in Verletzung internationalen Rechts – die anwaltliche Beratung bis zu 80 Tage zu verzögern und auch grundsätzlich erst ab 28 Tagen nach Festnahme eine anwaltliche Beratung vorsieht.

Zudem gab es bisher keine Fortschritte bei der Untersuchung der Foltervorwürfe, die Mohammed al-Halabi, früherer Leiter von World Vision in Gaza erhoben hatte. Er leistet momentan eine 12jährige Haftstrafe ab, die auf einem unfairen Gerichtsverfahren beruht. Er erhob schwere Foltervorwürfe nach seiner Festnahme im Jahr 2016.